



Rechtsausschuss

25. Sitzung (öffentlich)

1. März 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung	5
a) TOP „Verschiedenes“	5
b) TOP 6	
„Ausbruchsserie in der JVA Bochum aufklären – Sicherheitsvorkehrungen endlich umfassend überprüfen“	5
<u>In Verbindung mit:</u>	
Sachstand Justizvollzugsanstalt Bochum	5

Der Ausschuss folgt der Anregung des Vorsitzenden, auf ein – wie von einigen gewünscht – Vorziehen dieses Tagesordnungspunktes zu verzichten, da die vorangehenden Punkte relativ schnell abgehandelt werden könnten.

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) (s. Anlage) 6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3400

Vorlage 15/1100 und Vorlage 15/1183

– Änderungsanträge der Fraktionen, abschließende Beratung und Abstimmung im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses (Einzelplan 04) –

Nach Feststellung des Vorsitzenden billigt der Ausschuss den Entwurf des Einzelplans 04 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke an der Abstimmung. (s. dazu auch TOP 3)

- 2 Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen gegen 7**

1. die Landesregierung Nordrhein-Westfalen
2. den Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
wegen Verletzung des Vorherigkeitsprinzips (Art. 81 Abs. 3 Satz 1 LV NRW)

VerfGH 12/11
Vorlage 15/1073

Der Ausschuss verständigt sich mit den Stimmen aller Fraktionen darauf, dem Plenum zu empfehlen, von einer Stellungnahme abzusehen.

- 3 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung des Kreises Soest und 16 weiterer Kreise und Städte, § 7 a Satz 2 bis 4 des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung des Zweiten Änderungsgesetzes vom 21.12.2010, GV.NRW. S. 692, verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung 8**

VerfGH 13/11
Vorlage 15/1123

Der Ausschuss verständigt sich mit den Stimmen aller Fraktionen darauf, dem Plenum zu empfehlen, von einer Stellungnahme abzusehen.

- 4 Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland wegen Verletzung des Frage- und Informationsrechts 10**

2 BvE 7/11

Vorlage 15/1220

Der Ausschuss verständigt sich mit den Stimmen aller Fraktionen darauf, dem Plenum zu empfehlen, von einer Stellungnahme abzusehen.

- 5 Organstreitverfahren der Bundestagsabgeordneten Dr. Schick, Ströbele, Dr. Hofreiter, Hermann und der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen Verletzung des Frage- und Informationsrechts 11**

2 BvE 2/11

Vorlage 15/1246

Der Ausschuss verständigt sich mit den Stimmen aller Fraktionen darauf, dem Plenum zu empfehlen, von einer Stellungnahme abzusehen.

- 6 Ausbruchsserie in der JVA Bochum aufklären – Sicherheitsvorkehrungen endlich umfassend überprüfen 12**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 15/3900

In Verbindung mit:

Sachstand Justizvollzugsanstalt Bochum (TOP beantragt vom Justizminister mit Schreiben vom 21. Februar 2012) **12**

– Bericht der Landesregierung –

Bericht des Justizministers

Diskussion

7 Widerstand gegen die Staatsgewalt ist kein Kavaliersdelikt – Angriffe auf Polizeibeamte endlich als ernsthafte Straftat ahnden! 56

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3541 – Neudruck
– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Punkt wird vertagt.

8 Zwangsehen sind ein Verstoß gegen die Menschenwürde 57

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3404

In Verbindung mit:

Zwangsheirat ächten – Zwangsehen verhindern

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3768

Der Punkt wird vertagt.

9 Verschiedenes 58

hier: **Unterlassene Information der Öffentlichkeit über zwei Prozesse gegen Neonazis in Siegen** (Bericht beantragt von der Fraktion Die Linke; s. Anlage) **58**

Die Unterrichtung durch den Minister wird einvernehmlich auf die übernächste Sitzung vertagt.